





Rede Plenum

Eckhardt Rehberg

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

 (030) 227-75613

 (030) 227-76570

 eckhardt.rehberg@bundestag.de
 www.eckhardt-rehberg.de

Donnerstag, 26. Oktober 2006

Rede zum Biokraftstoffquotengesetz

2./3. Lesung Gesetzentwurf der Bundesregierung:

„Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Biokraftstoffquote durch Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und zur Änderung energie- und stromsteuerrechtlicher Vorschriften (Biokraftstoffquotengesetz – BioKraftQuG)“

Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):

Frau Präsidentin!

Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Manche Debatte hier ist nur schwerlich zu verstehen. Manche reden über Industriepolitik, verunglimpfen sie. Diejenigen, die das tun, sind aber die Gleichen, die auf der Matte stehen – ich schaue insbesondere auf die linke Seite dieses Hauses – und der Politik die Schuld dafür geben, dass Arbeitsplätze abgebaut werden, weil sich die Standortbedingungen in Deutschland für Zement, Gips, Quarz oder Metall verschlechtert haben. Ein Beispiel: Ein Produzent aus Baden-Württemberg verlagert seinen Standort ins Elsaß.

Herr Kollege Schultz hat es richtig dargestellt: Das war ein Nachklapp des Energiesteuergesetzes. Man kann es auch als einen notwendigen Feinschliff bezeichnen. Herr Loske, Sie haben hier beklagt, dass möglicherweise Steuereinnahmen fehlen. Das, was fehlt, kann man durch Einnahmen aus der Einkommensteuer, der Gewerbesteuer oder anderen Steuern doppelt oder dreifach hereinholen. Insbesondere kommt es darauf an, dass es in Deutschland mehr Arbeitsplätze gibt.

Wir sollten uns endlich einmal abgewöhnen, Regelungen zu treffen, mit denen man über EU-

Recht hinausgeht, sozusagen draufsaftet. Das Beihilferecht macht es möglich, dass nach § 51 des Energiesteuergesetzes bzw. nach § 9 a des Stromsteuergesetzes so gehandelt worden ist, wie es die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD vereinbart haben.

Wer etwas gegen Bürokratieabbau, wie er bei der Kohlebesteuerung stattfindet, hat, den verstehe ich nun gar nicht. Hier ist die Wahlfreiheit gegeben, ob man die Steuererstattung im Nachhinein beantragt oder ob man sie – wie es für die Stahlindustrie geregelt ist – gleich bekommen möchte.

Ich muss Ihnen sagen: Gerade auf diese beiden Punkte bin ich aus Sicht der Wirtschaftspolitik stolz. Die Standortbedingungen in Deutschland sind endlich einmal nicht schlechter als in den anderen europäischen Ländern. Was die Kohlebesteuerung angeht, haben wir gemeinsam einen Beitrag zum Bürokratieabbau geleistet.

Einige scheinen, gerade was den ländlichen Raum betrifft, nicht so recht zu wissen, worüber sie reden. Wenn Sie sich die Entwicklung im ländlichen Raum ansehen, stellen Sie fest, dass in süddeutschen Ländern mehr über Kooperation läuft, weil die Flächenstrukturen nicht so groß sind. In Mecklenburg-Vorpommern hat mittlerweile fast jede größere Betriebseinheit – die größeren Betriebseinheiten beginnen bei mir bei über 1000 Hektar – Anlagen, um kaltgepresstes Pflanzenöl herzustellen. Der Selbstkostenbereich liegt hier bei 55 bis 60 Cent pro Liter. Das bleibt über die nächsten Jahre hinaus steuerfrei. Es ist echte Wertschöpfung im ländlichen Raum, dass der Landwirt mit dem Raps, den er anbaut, seinen Traktor oder seinen Mähdrescher betreibt, um die Felder zu wirtschaften und die Ente einbringen zu können. Das ist echte Wertschöpfung und nicht das, was Sie darunter verstehen.

Nebenbei gesagt: Ich habe den Gesetzentwurf so gelesen, dass reine Biokraftstoffe im ländlichen Raum, verwendet in der Land- und Forstwirtschaft, genauso angerechnet werden wie die anderen Biokraftstoffe.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf einen Aspekt eingehen, damit hier nicht zu viel Friede, Freude, Eierkuchen herrscht. Herr Kollege Schultz, das, was Sie angesprochen haben, ist kein Fehler. Wir müssen uns in Deutschland überlegen – aus sicherheitspolitischen, energiepolitischen und umweltpolitischen Gesichtspunkten –, ob wir es uns leisten können, auf der einen Seite motorfähiges Heizöl zu verbrennen, auf der anderen Seite aber Wertstoffe, die als Biomasse dienen können, nicht zu Biokraftstoffen zu verarbeiten. Dies müssen wir uns – das sage ich ganz offen für die Unionsfraktion – im Bereich der tierischen Fette, aber auch im Bereich der Lebensmittelreste und in vielen

anderen Bereichen fragen. Wir müssen in den nächsten Jahren sehr klug agieren. Es kann nicht sein, dass wir Biomasse teuer entsorgen müssen, obwohl bestimmte Biomasse zur Herstellung von Biokraftstoffen dienen kann. Aus meiner Sicht bleibt uns gar nichts anderes übrig, als hier in einem Diskussionsprozess zu bleiben. Das sind wir übrigens auch der Umwelt schuldig.

Letzte Bemerkung: Ich bin sehr froh über die Einlassung des Deutschen Bauernverbandes und der Biokraftstoffverbände in der Anhörung, die befürworten, dass das, was wir jetzt auf den Weg gebracht haben, europäische Norm werden soll. Deswegen ist es gut und richtig, dass das in der Beschlussempfehlung so verankert ist. Das ganze Haus sollte diesen Prozess unterstützen; denn wir haben mit der EU-Ratspräsidentschaft ab 1. Januar 2007 die Chance, dies direkt in den europäischen Diskussionsprozess einzubringen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.